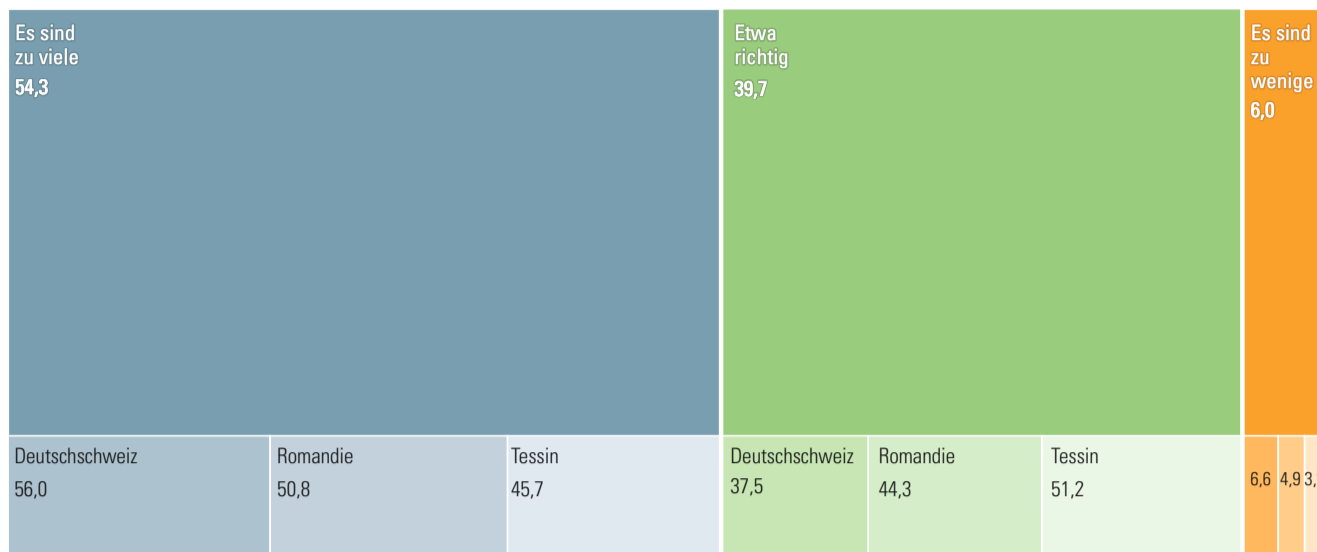


Einstellungen der Bevölkerung zu Maturität und akademischem Bildungsweg

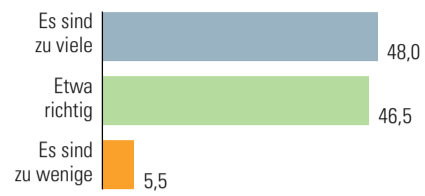
Maturaquote

Was denken Sie über die Anzahl gymnasialer Maturanden? Anteil der Antworten in Prozent



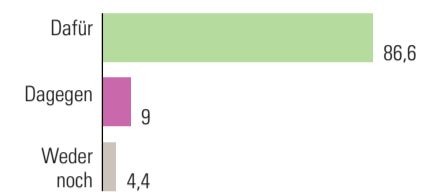
Akademikerquote

Was denken Sie über den Anteil der Personen, die ein Uni-Studium aufnehmen? Anteil der Antworten in Prozent



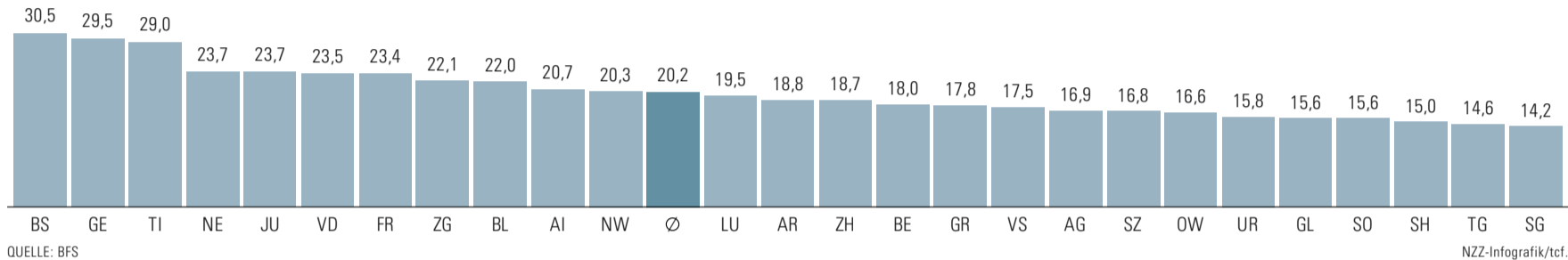
Prüfungen

Sind Sie für einheitliche Abschlussprüfungen in den Gymnasien? Anteil der Antworten in Prozent



Gymnasiale Maturitätsquote nach Wohnkanton

Anteil in Prozent der Bevölkerung im typischen Alter des Erwerbs des Maturaabschlusses, in Prozent



QUELLE: BFS

NZZ-Infografik/tcf.

Höhere Maturitätsquote ist unpopulär

Neue Studie zeigt klare Ergebnisse auch zur Frage von einheitlichen Abschlussprüfungen

Die Schweiz kennt eine im internationalen Vergleich tiefe gymnasiale Maturitätsquote. Wegen des Fachkräftemangels wird dies gern kritisiert. Die Bevölkerung ist aber gegen eine höhere Quote.

MICHAEL SCHOENENBERGER

Ins Gymnasium oder nicht? Alljährlich beschäftigt diese Frage Eltern und ihre Kinder. Trotz einer bisher ungekannten Durchlässigkeit des Bildungssystems – Bildungswege bis an die Universität sind heute auch für Absolventen einer Berufslehre möglich – elektrisiert die vermeintliche Weichenstellung in der sechsten Primarklasse Eltern wie Schüler, als ginge es ums nackte Überleben. Elektrisiert sind, wenn es um die «richtige» Maturitätsquote geht, auch Bildungspolitiker und involvierte Kreise – Verbände, Wirtschaft, Gewerbe, Lehrer oder Dozenten.

Argumente auf beiden Seiten

Eine Fülle von Meinungen ist garantiert. Vertreter der dualen Berufsbildung sehen bei steigender Quote der gymnasialen Maturität die Berufslehre in Gefahr. Gewerbe und neuerdings die SVP warnen vor arbeitslosen Akademikern und einer Akademisierung der Berufswelt generell. Von den meisten wird auf Nachbarländer wie Italien oder Frankreich verwiesen, die eine hohe Maturitätsquote aufweisen – und, betrüblich genug, auch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Erziehungswissenschaftler und Gymnasiallehrer befürchten, dass die Qualität an Gymnasien durch eine Mengenausweitung sinken könnte.

Befürworter einer höheren Maturitätsquote argumentieren, so sie nicht aus rein ideologischen Gründen den Zugang möglichst aller zur Maturität fordern, mit der Beschäftigungsstruktur: So ist in den letzten 25 Jahren die Nachfrage nach gut und bestens qualifizierten Personen stark gestiegen. Darauf müsse die Schweizer Bildungspolitik reagieren, indem mehr junge Schweizer an einen Tertiär-Abschluss herangeführt werden.

Die Debatte endet also beim vielzitierten Fachkräftemangel und bei der starken Zuwanderung von gut qualifizierten Personen während der letzten Jahre.

Was denkt die Bevölkerung?

Der Bildungsökonom Stefan Wolter hat eine grossangelegte Studie verfasst, in welcher er bei rund 6000 Schweizerinnen und Schweizern detailliert erfragt hat, was sie über diverse «heisse Eisen» der Bildungspolitik denken. Die Ergebnisse hinsichtlich Maturitätsquote, Akademikerquote und Qualität der Matura lassen aufhorchen.

Wolter, der im Auftrag von Bund und Kantonen das Bildungsmonitoring verantwortet und alle vier Jahre den Bildungsbericht verfasst, hat hierzu mit den

«Wir sollten wegen der Qualität in Richtung Zentralmatura gehen.»

Stefan Wolter
Direktor der Koordinationsstelle für Bildungsforschung

Universitäten München und Harvard kooperiert. Die Forscher stellten den Befragten jeweils eine Basisfrage, zum Beispiel: «Was denken Sie über die Anzahl der Schulabsolventen, die in Ihrem Kanton eine gymnasiale Maturität ablegen?» Sie bildeten dann unter den Befragten mehrere Gruppen und liessen diesen Gruppen zusätzliche Informationen zukommen, etwa über die jeweilige Höhe der Maturitätsquoten. Dann wurde eruiert, ob sich die Antworten aufgrund der gegebenen Information veränderten. Bereits die Basisfrage liefert teilweise überraschende Ergebnisse.

► Maturitätsquote. 54,3 Prozent sind der Ansicht, dass zu viele junge Menschen eine gymnasiale Matura ablegen. 40 Prozent halten die Quote in ihrem Kanton für gerade richtig. Nur gerade 6 Prozent allerdings meinen, es seien zu wenige. Werden die Befragten darüber informiert, wie hoch die tatsächliche Quote ist, sagen noch 44,8 Prozent, die

Quote sei zu hoch. Und 44,9 Prozent meinen, sie sei gerade richtig. Aber immer noch sind es nur gut 10 Prozent, die sich mehr Maturanden wünschen.

Interessant ist, dass auch Akademiker überwiegend der Ansicht sind, es gebe zu viele Gymnasiasten. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hatte 2012 in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» gesagt, er wünsche sich lieber etwas weniger, dafür bessere Maturanden. Durch die Westschweiz, die höhere Maturitätsquoten aufweist als die Deutschschweiz, ging ein Sturm der Entrüstung. Nun zeigt sich: Auch in der Romandie findet eine knappe Mehrheit in der Basisbefragung, dass es zu viele Maturanden gibt.

► Akademikerquote. 48 Prozent der Befragten halten die Akademikerquote für zu hoch. Für 46,5 Prozent ist sie gerade richtig. Nur gerade 5,5 Prozent geben zur Antwort, es seien zu wenige, die an einer Universität studieren. Wird die Zusatzinformation gegeben, dass in zahlreichen Ländern mit einer hohen Akademikerquote ein grosser Teil der Absolventen keinen adäquaten Job findet, sagen sogar fast 57 Prozent, die Akademikerquote in der Schweiz sei zu hoch. Interessant ist, dass nur 8,3 Prozent der Akademiker sich eine höhere Akademikerquote wünschen.

Zu erwarten war, dass die Antworten je nach politischer Einstellung variieren: Deutlich mehr Befragte aus dem rechten Lager finden, die Quote sei zu hoch; immerhin geben auch 44,7 Prozent der Linkswähler zu Protokoll, die Quote sei zu hoch. Nur gerade 10 Prozent der Linkswähler sagen, die Akademikerquote sei zu niedrig.

Qualität der Matura

Wolters Studie liefert ein weiteres überraschendes Ergebnis. Es betrifft die Einheitsmatura. So sprechen sich 86,6 Prozent der Befragten für schweizweit einheitliche Abschlussprüfungen an Gymnasien aus. Gemessen am föderalistischen Charakter, der die Mittelschulen prägt, konnte diese Deutlichkeit nicht erwartet werden. Auch in der Volksschule wird eine Vereinheitlichung von Prüfungen überwiegend befürwortet. In der Umfrage werden Absolventen einer

pädagogischen Hochschule separat ausgewiesen. Auch die Volksschullehrer befürworten mehrheitlich einheitliche Abschlussprüfungen.

Von Relevanz ist das Ergebnis, weil bisher davon ausgegangen worden ist, dass die Einführung einer Zentralmatura politisch nicht den Hauch einer Chance hätte. Wolter ist überzeugt, dass mit einheitlichen Prüfungen – auch während des Gymnasiums – die Qualität der gymnasialen Mittelschulen und die Aussagekraft der Maturitätsnoten verbessert werden können. «Wir sollten wegen der Qualität in Richtung Zentralmatura gehen», sagt er. Der Bildungsforscher kritisiert, dass Schülerinnen und Schüler aus ihren Maturanoten nicht mehr ersehen können, ob sie an der Universität in bestimmten Fachrichtungen überhaupt bestehen können. «Wer das musische Profil wählt, kann selbst mit einer Note 6 in Mathematik weit vom Median entfernt sein. Für ein ETH-Studium

Zentral oder nicht?

Kommentar zum Thema auf Seite 11

würde es nicht reichen», sagt Wolter. Maturanden würden so mit einer komplett falschen Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit an die Universitäten geschickt. Überdies fördere das derzeitige System auch den Minimalismus. Wolter weist darauf hin, dass fast 50 Prozent der Maturanden im Kanton Bern eine ungenügende Note in Mathematik geschrieben haben.

Die Kantone arbeiten daran, den prüfungsfreien Zugang zur Universität mit gymnasialer Maturität langfristig sicherzustellen. Fünf Teilprojekte wurden dazu gestartet. So wurden zum Beispiel basale fachliche Kompetenzen in Mathematik und Erstsprache definiert. Es werden auch gemeinsame Prüfungen erarbeitet. In der Schweizerischen Mittelschulämterkonferenz sei die Zentralmatura aber kein Thema, sagt Marc Kummer. Der Chef des Zürcher Mittelschul- und Berufsbildungsamts sagt, der Kanton Zürich setze auf andere Instrumente der Qualitätssicherung, vor allem auf den Dialog mit den Hochschulen.

Teure Hinweise für Allergiker

Das Lebensmittelgesetz beschert der Wirtschaft hohe Kosten

DAVIDE SCRUIZZI

Das neue Lebensmittelgesetz tritt 2016 in Kraft. Eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Staatssekretariats für Wirtschaft hat nun eine Kostenschätzung zu den neuen Regulierungen durchgeführt. Dies vor dem Hintergrund, dass die Verordnungen im Hinblick auf finanzielle Aspekte noch optimiert werden können. Die Studie, über welche die «Sonntags-Zeitung» berichtet hat, ist seit letzter Woche im Internet abrufbar und hat sehr hohe Kosten kalkuliert, vor allem für die betroffenen Branchen, aber auch für die Kantone. Immerhin zeigt sich Bundesrat Alain Berset offen gegenüber den Vorschlägen der Studie wie auch gegenüber anderen Änderungswünschen, wie er am Montag am Tag der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrie erklärte.

Auch kleine Betriebe betroffen

Die neue Pflicht zur schriftlichen Deklaration von Allergenen wird etwa in Hotellerie und Gastronomie Kosten für die Kennzeichnung im Umfang von 24,7 Millionen Franken verursachen. Weil davon auszugehen ist, dass die entsprechenden Zutaten bisweilen zuerst eruiert werden müssen, wird von weiteren einmaligen Kosten von 76,6 Millionen Franken und jährlich wiederkehrenden Kosten von 14,6 Millionen Franken ausgegangen. Für die Hotellerie kommen, ebenfalls aufgrund des neuen Lebensmittelgesetzes, Kosten für die Sanierung von Hallenbädern hinzu.

Den Herstellern und Importeuren von Lebensmitteln stehen Kosten für die Änderung von Verpackungen im Umfang von rund 150 Millionen Franken bevor. Beim Offenverkauf von Lebensmitteln werden Kosten im Umfang von rund 5,7 Millionen Franken (einmalig) und rund 0,5 Millionen (jährlich wiederkehrend) erwartet. Beim Lebensmittel-Fachdetailhandel (Bäcker, Metzger usw.) werden einmalige Kosten von 11 Millionen Franken und wiederkehrende Kosten von 2,2 Millionen Franken kalkuliert.

Ohne den Offenverkauf werde die neue Deklaration von Allergenen die Unternehmen mit einmalig total 183,7 Millionen Franken und jährlich rund 30 Millionen Franken belasten, so die Studie. Beim Offenverkauf werden Kosten von 86,5 Millionen Franken (einmalig) und 16,7 Millionen (jährlich) errechnet. Auch die Kosmetikindustrie ist von neuen Regulierungen betroffen.

Fragezeichen beim Nutzen

Im Vergleich zu den Aufwendungen der Wirtschaft wirken die Vollzugskosten für Bund und Kantone bescheiden. Beim Bund werden einmalige Kosten von 2 Millionen Franken erwartet, ähnlich hoch werden dort die jährlich wiederkehrenden Kosten beziffert. Die Kantone werden vor allem mit zusätzlichen Kontrollkosten belastet (12 Millionen Franken im Jahr).

Nicht verschwiegen werden in der Studie die Vorteile der neuen Gesetzgebung, etwa rund um die Verbesserung der Entscheidungsbasis der Konsumenten. Klar bezifferbar sind aber nur wenige Aspekte wie die wegfallenden Schäden aufgrund von Allergie-Problemen (12 Millionen Franken im Jahr). Neue Prozesse im Schlachtbereich dürften die Produktesicherheit des Pouletfleisches erhöhen und zu einem Rückgang von Erkrankungen führen (Nutzen: 79 Millionen Franken).

Die Studienautoren schlagen Möglichkeiten vor, wie die Umsetzung des Lebensmittelgesetzes günstiger erfolgen könnte. Auf die schriftliche Deklaration von Allergenen könnte etwa im Offenverkauf verzichtet werden. Einsparungen brächten Verlängerungen der Übergangsfristen für die Anpassung von Verpackungen. Zudem sollten Produkte, die in der EU zugelassen sind, auch in der Schweiz verkauft werden dürfen.

Meinung & Debatte, Seite 11